

Es gilt das gesprochene Wort.



Bündnis Oberhausener Bürger

im Rat der Stadt Oberhausen

Redebeitrag

**Große Anfrage gemäß § 6 der Geschäftsordnung des Rates
zur "Gesundheitsversorgung in Oberhausen."**

Ratssitzung am 23. September 2019

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,**

zunächst herzlichen Dank an die SPD-Fraktion, die sich ausgiebig mit dem Thema „**Gesundheitsversorgung in Oberhausen**“ beschäftigt und die 37 Fragen formuliert hat. Dank auch an die Verwaltung, die die Fragen umfangreich und verständlich beantwortet hat.

Zentrales Ziel einer patienten- und nutzerorientierten Gesundheitsversorgung muss die Schaffung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Versorgungsangebotes sein, das für alle Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zugänglich und erreichbar ist.

Im Rahmen der vorliegenden Beantwortung der Großen Anfrage werden verschiedene Bereiche der Gesundheitsversorgung beleuchtet, wie z.B. **die ambulante haus- und fachärztliche Versorgung, die stationäre - sowie die Notfallversorgung.**

Leider wurde ein für die Bürgerinnen und Bürger bedeutendes und wichtiges Thema nicht angesprochen: **die pflegerische Langzeitversorgung.**

Aufgrund des demografischen Wandels wird sie immer wichtiger werden. Auch in Oberhausen ist hier auf den Ebenen von Qualität und Nachhaltigkeit noch kein befriedigendes Niveau erreicht. Die heutigen Kapazitäten und Versorgungsformen werden insgesamt nicht ausreichen, die wachsende Anzahl der Pflegebedürftigen zu versorgen.

Die **ambulante haus- und fachärztliche Versorgung** ist weitestgehend sichergestellt; einige Versorgungslücken sind aber feststellbar.

Oberhausen weist eine Überalterung der niedergelassenen Ärzteschaft auf, so dass eine Verschlechterung der Versorgungslage zu erwarten ist, wenn

nicht alle altersbedingt freiwerdenden Hausarztpraxen kurzfristig nachbesetzt werden können. Hier ist Vorsorge nötig.

Des Weiteren herrscht in Oberhausen aus unserer Sicht ein krasser Mangel an Psychiatern und Psychotherapeuten. Patienten mit psychischen Problemen müssen mit einer Wartezeit von etwa einem halben Jahr rechnen. In dieser Zeit kann sich das Zustandsbild der Kranken erheblich verschlechtern, so dass ein stationärer Aufenthalt zwingend notwendig wird, der durch eine kürzere Wartezeit hätte vermieden werden können.

Noch angespannter ist die Situation bei Psychotherapeuten. Hier gibt es Wartezeiten von mindestens 6 Monaten bis zu 2 Jahren.

Das Josef-Hospital verfügt zur schnellen Schlaganfallbehandlung aktuell über eine so genannte Stroke-Unit. Die räumliche Nähe von Neurologie und Radiologie ist hierfür unverzichtbar und in Oberhausen einzigartig. Hier ist dringend darauf hinzuwirken, dass dieser spezialisierte Fachbereich auch nach einem Wechsel der Neurologie in das Clemens-Hospital voll funktionsfähig bleibt.

Das **KKO** hat in Eigenverantwortung Insolvenz beantragt, um Restrukturierungsmaßnahmen aus eigener Kraft einleiten und durchführen zu können. Dieser Schritt wurde notwendig, weil die wirtschaftlichen Herausforderungen immer größer und der finanzielle Spielraum immer enger wurden.

Hier ist ein planvoller Abbau von Überkapazitäten notwendig, - ohne die grundsätzliche Versorgung in allen medizinischen Fachgebieten zu gefährden.

Sollten durch die Schließung des Josefs-Hospitals tatsächlich ca. 240 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, fordert „BOB im Rat“ diese Fachkräfte in den umliegenden Kranken- und Pflegeeinrichtungen einzustellen. Sicherlich hätte dies positive Auswirkungen auf das total überlastete Pflegepersonal und auf die Pflege und Betreuung der Patienten.

In der **Notfallversorgung** wäre eine bessere Verzahnung der hier relevanten Bereiche – ärztlicher Bereitschaftsdienst, Rettungswesen und Notfallaufnahmen der Krankenhäuser – wünschenswert. Eine zentrale Leitstelle mit einheitlicher Notdienstnummer für alle Patienten Anliegen kann

über eine adäquate Versorgung entscheiden und so zur Entlastung und unnötiger Inanspruchnahme einer spezialisierten Versorgung führen.

Wie die Antworten auf die Große Anfrage zeigen, ist die Oberhausener Gesundheitsversorgung insgesamt gut aufgestellt, wobei „BOB im Rat“ in den angesprochenen Bereichen noch Verbesserungsbedarf sieht.

Hierauf sollte kurzfristig der Fokus liegen, um eine weitere Optimierung der Gesundheitsversorgung in Oberhausen zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger erreichen zu können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.